



Presseschau vom 26.08.2020

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*.

Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *Korrespondent* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *Korrespondent* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Außer der Reihe – Lesetipps:

de.sputniknews.com: **Was passiert gerade wirklich - erwärmt oder kühlt sich die Erde ab?**

In der Geschichte der Erde folgten wärmere Epochen auf Eiszeiten. Auch jetzt handelt es sich um eine Periode zwischen Eiszeiten, doch die Erdoberfläche erwärmt sich schneller als erwartet. Wer oder was dafür verantwortlich ist und was dagegen getan werden könnte – das erfahren Sie in diesem Artikel. ...

<https://sptnkne.ws/D2z2>

Liudmila Kotlyarova: **Vergiftung, Hintermänner, Geld: Im Fall Nawalny mangelt es an Transparenz - auch bei diesen Fragen**

In dem Fall Alexej Nawalny sind von Russland wegen Verdachts eines Giftanschlags Aufklärung und Transparenz gefragt. Allerdings hilft auch die Charité-Erklärung nur bedingt weiter bei der Beantwortung der drängendsten Fragen. Wurde er vergiftet oder hat er sich vergiftet? Und welche Akteure spielen welche Rolle, etwa bei der Finanzierung? ...

<https://sptnkne.ws/D2ny>

Irina Alksnis: **Lehrstück „Charité“ im Fall Nawalny – das Aha-Erlebnis der Russen**

Ein russischer General sagte einst: „Es spielt keine Rolle, welche Farbe unsere Haut hat und wie unsere Augen geformt sind. Für die Gegner sind wir alle einfach nur Russen.“ Wie zutreffend diese Bemerkung ist, zeigt gerade der jetzige Trubel um den Aktivisten Nawalny.

...

<https://sptnkne.ws/D236>

abends/nachts:

de.sputniknews.com: **US-Spionageflugzeug in chinesische Flugverbotszone eingedrungen**
Ein US-Aufklärungsflugzeug ist laut Verteidigungsministerium der VR China in eine Flugverbotszone eingedrungen, in der Schießübungen mit Kampfmunition durchgeführt wurden.

„Heute ist ein amerikanisches U-2-Aufklärungsflugzeug in die Flugverbotszone des nördlichen Kampfkommandobereichs der chinesischen Volksbefreiungsarmee eingedrungen, in der Schießübungen mit Kampfmunition durchgeführt wurden“, heißt es in dem Bericht. Es wird betont, dass die Aktionen der amerikanischen Seite ein ernstes Hindernis für Chinas regelmäßige Militärübungen dargestellt und gegen die Verhaltensnormen zwischen den Vereinigten Staaten und China zur Gewährleistung der Sicherheit in der Luft und auf See sowie gegen anerkannte internationale Verhaltensnormen verstoßen hätten. Das chinesische Verteidigungsministerium betonte, dass die US-amerikanischen Aktionen leicht zu Missverständnissen und sogar zu einem Zwischenfall auf See oder in der Luft führen könnten.

„Dies ist eine reine Provokation. Die chinesische Seite drückt Protest aus und hat der US-Seite bereits eine Note vorgelegt. Die chinesische Seite fordert die USA auf, diese provokativen Aktionen sofort einzustellen und praktische Schritte zum Schutz des Friedens und der Stabilität in der Region zu unternehmen“, wurde in der chinesischen Verteidigungsbehörde betont.

de.sputniknews.com: **Russisches Gesundheitsministerium erlaubt weitere Tests des Corona-Impfstoffs**

Das russische Gamaleya-Institut für Epidemiologie und Mikrobiologie, das als erstes in der Welt einen Impfstoff gegen das Coronavirus registrieren ließ, hat von Russlands Gesundheitsministerium die Erlaubnis bekommen, weitere Tests des Präparats durchzuführen. Dies folgt aus einer Mitteilung des Amtes, das am Dienstagabend veröffentlicht wurde. Die Behörde ließ demzufolge die Durchführung von Untersuchungen zu, die nach der Registrierung erfolgen sollen.

„An der Recherche werden sich 40.000 Freiwillige beteiligen – Staatsbürger im Alter von über 18 Jahren. Die Dauer der Teilnahme an der Studie beträgt für jeden Freiwilligen sechs Monate seit der Impfung.“

Die Tests werden an einer Reihe staatlicher Gesundheitseinrichtungen durchgeführt, so die Behörde. ...

de.sputniknews.com: **Russland warnt Westen ein weiteres Mal vor Einmischung in Belarus**

Eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten von Belarus (Weißrussland) ist laut Russlands Außenminister Sergej Lawrow absolut unzulässig. „Gewisse Kräfte von außen unternehmen Versuche, die Situation in Minsk zu destabilisieren“, sagte Lawrow am Dienstag bei einem Treffen mit US-Vizeaußenminister Stephen Biegun in Moskau.

Russland appelliere an Länder des Westens, vor allem an die USA und die Europäische Union.

„Sie sollten auf jene Kreise aufmerksam werden, die, sagen wir mal, in Polen und Litauen ihre Unzufriedenheit damit äußern, dass sich die Situation in Belarus normalisiert. Daher versuchen sie, gewaltsame Handlungen zu provozieren, um eine entsprechende Reaktion der

(weißrussischen) Sicherheitskräfte auszulösen“, sagte der russische Chefdiplomat.

Gefährliche Handlungen

Lawrow bezeichnete derartige Handlungen als „äußerst gefährlich“. Dem Außenamt zufolge wendet sich Moskau auch gegen den politischen und den Sanktionsdruck auf Minsk.

Lawrow informierte Biegun auch über den noch lange vor der Wahl unterbreiteten Vorschlag von Weißrusslands Präsident Alexander Lukaschenko, eine Verfassungsreform im Land durchzuführen. Er habe seinen Vorschlag nach der Wahl bekräftigt. Die Verfassungsreform solle nach Lukaschenkos Ansicht zur Basis für die Konsolidierung der Gesellschaft werden. Danach könnten Neuwahlen von Präsident, Parlament und kommunalen Machtorganen verkündet werden.

„Lukaschenko reicht die Hand“

„Ich denke, dass er (Lukaschenko) die Hand allen gereicht hat, die an einem stabilen und geeinten Belarus interessiert sind. Diese Hand darf von der Opposition und jenen unserer westlichen Partner, die diese Opposition jetzt anführen, nicht unbemerkt bleiben“, betonte Lawrow.

Biegun hält sich seit Montag zu einem zweitägigen Besuch in der russischen Hauptstadt auf. Sein Treffen mit Lawrow – hinter verschlossenen Türen - dauerte mehr als eineinhalb Stunden. ...



https://cdnde1.img.sputniknews.com/img/07e4/08/19/327795525_7:63:1080:644_1000x541_80_0_0_ad890b4c02809b85a0ba2931a9455232.jpg

de.sputniknews.com: **Putschende Einheiten in Mali möglicherweise von EU ausgebildet**

Die Einheiten der malischen Armee, die in der vergangenen Woche geputscht haben, sind möglicherweise zuvor von der EU ausgebildet worden. Dies sei nicht ausgeschlossen, meldete die Deutsche Presse-Agentur am Dienstag unter Berufung auf das Bundesverteidigungsministerium in Berlin.

Allerdings lasse sich im Moment noch keine belastbare Aussage treffen.

Die Europäische Union bildet im Rahmen der Mission EUTM (European Union Training Mission) die malischen Streitkräfte aus. Sie sollen so in die Lage versetzt werden, selbst Verantwortung für die Sicherheit ihres Landes zu übernehmen.

Der Krisenstaat Mali wird seit Jahren von Terrorgruppen geplagt. Laut Verteidigungsministerium sind an der EUTM aktuell 69 deutsche Militärs beteiligt. Die Militärausbildung wurde nach dem Putsch zunächst eingestellt.

Aufständische Armeeangehörige in Mali hatten in der vergangenen Woche Präsident Ibrahim Boubacar Keïta zum Rücktritt gezwungen. Sie kündigten die Bildung eines Übergangskomitees an, das demnächst Wahlen abhalten solle. Die EU fordert von den Putschisten, die Rückkehr zur verfassungsmäßigen Ordnung so schnell wie möglich umzusetzen.



https://cdn1.img.sputniknews.com/img/07e4/08/19/327796496_0:339:3072:2001_1000x541_80_0_0_82ac4bbe4ad84e4e43a8288a8bccf25c.jpg

vormittags:

telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZK: Am 25. Augst 2020 wurden keine Verletzungen des Regimes der Feueereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine festgestellt.

de.sputniknews.com: **Wegen Verdachts, Cyber-Verbrechen geplant zu haben: Russischer Staatsbürger in den USA inhaftiert**

Das Bundesgericht von Los Angeles hat einen russischen Staatsbürger inhaftiert. Ihm wird vorgeworfen, ein Cyber-Verbrechen geplant zu haben, wie aus einer entsprechenden Mitteilung des amerikanischen Justizministeriums hervorgeht.

Der russische Staatsbürger Jegor Krjutschkow soll demnach vorgehabt haben, Schadsoftware in das Netzwerk eines Unternehmens aus Nevada einzuführen.

Mehr Details

Laut dem Ministerium soll der 27-jährige Russe im Zeitraum vom 15. Juli bis zum 22. August versucht haben, einen Mitarbeiter eines namentlich nicht genannten US-Unternehmens im Bundesstaat Nevada zu rekrutieren. Im Schreiben wird behauptet, Krjutschkow habe ihm eine Million US-Dollar für die Umsetzung des betrügerischen Schemas angeboten.

Krjutschkow habe angeblich geplant, die Schadsoftware ins Computersystem dieses Unternehmens zu laden, um sich Zugang zu Unternehmensdaten zu verschaffen.

Russische Botschaft reagiert

Die russische Botschaft in den USA teilte mit, dass sie über die Inhaftierung des russischen Bürgers im Bilde sei.

„In naher Zukunft werden wir den Russen kontaktieren, um die Probleme zu klären. Wir werden ihm die notwendige konsularische und rechtliche Unterstützung gewähren.“

dnr-sckk.ru: **Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feueereinstellung für den Zeitraum vom 25. August 3:00 Uhr bis 26. August 3:00 Uhr**

Die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden wurden keine Verletzungen des Regimes der Feueereinstellung festgestellt.

Gleichzeitig wurden folgende Fälle von Verletzungen der Zusatzmaßnahmen zur Verstärkung

und Kontrolle des seit dem 21. Juli 2019 geltenden Regimes der Feueinstellung festgestellt: um 7:10 Uhr wurde eine Detonation im Gebiet von Showanka registriert; um 10:55 Uhr wurden zwei Detonationen in der Folge der Durchführung von technischen Arbeiten auf den Positionen der BFU im Gebiet von Schumy festgestellt; um 12:20 Uhr wurde der Flug einer Drohne der BFU im Gebiet von Wodjanoje beobachtet. Beginnend mit 00:01 Uhr am 27. Juli 2020 traten gemäß einer in der Kontaktgruppe erreichten Vereinbarung Zusatzmaßnahmen zur Verstärkung und Kontrolle des seit dem 21. Juli 2019 geltenden unbefristeten Regimes der Feueinstellung in Kraft.

de.sputniknews.com: **Russische Militärs bauen in Deir ez-Zor Interimsbrücke über Euphrat**

Russische Militärs haben mit Hilfe von Angehörigen der syrischen Armee in der Provinz Deir ez-Zor eine provisorische Brücke über den Euphrat-Fluss gebaut, wie der Chef der Überfahrt, Nikolaj Gluchow, gegenüber Journalisten mitteilte.

Gluchow berichtete, die Stelle der Flusskreuzung in der Provinz sei unter Berücksichtigung der Stromtiefe und -stärke gewählt worden.

Bei der Errichtung der Brücke seien neben russischen Militärs auch syrische Soldaten im Einsatz gewesen, die bei der Operation viel Erfahrung gesammelt hätten.

„Unsere russischen Freunde sind sehr streng. Sie haben einen Arbeitsplan, an den wir uns halten, selbst wenn wir das Gefühl haben, dass wir alles schaffen“, so der Leutnant des Ingenieurdienstes der syrischen Armee Ibrahim al-Amam.

Nach der Errichtung der Überfahrt habe man die Verlegung von Militärtechnik unter Rauchschutz eingeübt.

Auf dem Euphrat-Fluss gebe es auch einen provisorischen Fährverkehr. Er sei bei der Regenzeit erforderlich, wenn der Wasserspiegel im Fluss eine kritische Grenze überschreiten könne.

Die Fahrer der Fähren würden von russischen Spezialisten mit der Technik vertraut gemacht, die zum Teil aus Russland geliefert worden sei.

„Wir haben vorläufig wenig Erfahrung, aber gute Trainer aus Russland. Die Maschine ist einfach und sicher, man kann sich auf sie in dieser für die Fähre schweren Zeit verlassen. Am kompliziertesten ist es, Panzer zu überführen – sie sind sehr schwer. Fast an der Kapazitätsgrenze. Ich habe aber solche Aufgaben schon erfüllt“, sagte der Fährenfahrer Abdel Kari Hani gegenüber Journalisten.

Neben der Militärtechnik könne auch zivile Technik, wie zum Beispiel Lastkraftwagen mit Anhängern, über die provisorische Überfahrt fahren.

Die ganze Technik - sowohl militärische als auch zivile - werde vor Befahren der Fähre oder Brücke sorgfältig untersucht.



https://cdnde1.img.sputniknews.com/img/32598/93/325989301_0:221:1234:888_1000x541_8

0_0_0_a9b020707c6ef77560c030e70671fa1e.jpg

Lug-info.com: In der LVR sind am 26. August um 9:00 Uhr 651 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert.

Davon wurden bisher 607 Personen nach zweifachen negativen Tests als gesund entlassen. Seit Beginn der Pandemie gab es 17 Todesfälle.

Mzdnr.ru: Am 25. August wurden in der DVR 36 neue Fälle von Coronavirusinfektionen festgestellt.

Von den neuen Fällen wurde einer bei einer aus der RF eingereisten Person festgestellt. Die anderen neuen Fälle wurden bei Personen entdeckt, die mit zuvor Erkrankten in Kontakt waren, darunter acht medizinische Beschäftigte. Derzeit ist der Zustand der Patienten zufriedenstellend, alle erhalten die notwendige ärztliche Behandlung.

Außerdem gab es fünf Todesfälle – Frauen im Alter von 70, 76, 81, 90 und 91 Jahren.

Am 26. August um 10:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 2400 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert.

1080 Patienten sind derzeit in Behandlung, 1185 als gesund entlassen, es gibt 135 Todesfälle. Zum Stand am 26. August wurden Coronavirusinfektionen bei 119 Personen, die seit dem 25. Juni 2020 aus der Ukraine eingereist sind, entdeckt. Alle infizierten Patienten wurden in spezialisierte Einrichtungen des Gesundheitswesens der Republik eingewiesen und werden kostenlos behandelt.

nachmittags:

deu.belta.by: Arbeit amerikanischer und europäischer Geheimdienste ist in Belarus sichtbar

In Belarus ist die Arbeit amerikanischer und europäischer Geheimdienste sichtbar. Diese Meinung äußerte das Mitglied des Kollegiums (Minister) für Integration und Makroökonomie der Eurasischen Wirtschaftskommission (EAWK), Sergej Glasjew, in der Sendung „Panorama“ bei Belarus 1, wie die Nachrichtenagentur BelTA berichtet.

„Es ist klar, dass Jugend und Menschen, die Veränderungen wollen, von denen benutzt werden, die einen Staatsstreich planen und Gesellschaft und Wirtschaft den Weg einschlagen lassen, den die Ukraine seit sechs Jahren mit katastrophalen Folgen beschreitet. Tatsächlich kümmern sich dieselben Leute, die auf dem Maidan waren, jetzt um die Führer der belarussischen Opposition. Beispielsweise gab es erst kürzlich Fotos von Swetlana Tichanowskaja mit Bernard-Henri Lévy - einem wichtigen Organisator von Staatsstreich und Bürgerkriegen im postsowjetischen Raum und im Nahen Osten, einem Mann, der damit prahlt, dass er an Revolutionen und dem Absturz legitimer Regierungen verdient“, sagte Sergej Glasjew.

Laut dem Mitglied des EAWK-Kollegiums sollte man verstehen, dass die belarussische Gesellschaft heute in den Abgrund gedrängt wird. Die Arbeit amerikanischer und europäischer Geheimdienste sowie von Politikern, die sich dafür einsetzen, dass die Situation ins Wanken gerät und Chaos ausbricht, ist offensichtlich. „Es ist geplant, hier mehrere Aufgaben auf einmal zu lösen. Erstens ist der Sturz der legitimen Macht und ihr Übergang zu den westlichen Marionetten, was Belarus für die Beute europäischer und amerikanischer Unternehmen öffnen würde. Zweitens ist der Beitritt des Landes zur Ukraine und der Aufbau eines Korridors gegen Russland“, erläuterte der Experte.

Sergej Glasjew bemerkte, das könne in Minsk nicht passieren. „Lukaschenko steht fest für das Volk, für das Land ein. Und kein westlicher Partner kann ihm etwas vorschreiben. Er weiß,

dass ihre Versprechen nichts wert sind. Sie betrügen und benutzen immer leichtgläubige Menschen aus eigenen Interessen“, fügte er hinzu.



https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2020/000022_1598434075_52236_big.jpg

de.sputniknews.com: **Nach Schüssen auf Afroamerikaner: Dritte Protestnacht in Kenosha – zwei Tote bei Schießerei**

Bereits drei Tage dauern Proteste in der amerikanischen Stadt Kenosha an. Auslöser war, dass Polizisten einem Afroamerikaner in den Rücken geschossen hatten. Im Zuge der Demonstrationen ist es zu einer Schießerei gekommen, die mindestens zwei Todesopfer forderte, wie die lokale Polizei am Mittwoch bekanntgab.

Bei der jüngsten Schießerei wurden laut der Polizei zwei Personen getötet. Eine weitere Person sei mit schweren, aber nicht lebensgefährlichen Verletzungen in ein Krankenhaus eingeliefert worden.

Ermittlungen zur Schießerei seien eingeleitet worden. Derzeit gebe es keine weiteren Details. In der Stadt Kenosha war es am Dienstag (Ortszeit) die dritte Nacht in Folge zu Demonstrationen und Unruhen gekommen. Im Netz sind entsprechende Aufnahmen zu finden:

Die Zeitung „The New York Times“ beruft sich auf ein Interview mit dem örtlichen Sheriff David Beth, laut dem es in der Nacht zu stundenlangen Auseinandersetzungen zwischen Protestteilnehmern und der Polizei gekommen sei.

Zuvor hatten die Behörden eine nächtliche Ausgangssperre verhängt.

Am Sonntag hatten Polizeibeamte der Stadt Kenosha, die wegen eines „häuslichen Zwischenfalls“ alarmiert worden waren, einen Elektroschocker gegen den Afroamerikaner Jacob Blake eingesetzt und ihm danach in den Rücken geschossen. Der Mann hatte versucht, zwei streitende Frauen zu trennen. Er wurde mit schweren Verletzungen in ein Krankenhaus gebracht.

Kurz danach brachen am Tatort und später in der Stadt Proteste aus.



https://cdn1.img.sputniknews.com/img/07e4/08/1a/327800347_0:4:3001:1627_1000x54180_0_0_9d5f4bc64d44cef76f71241130f0be34.jpg

belta.by: OVKS-Länder führen Konsultationen zur materiell-technischen Versorgung Kollektiver Kräfte durch

Im OVKS-Krisenreaktionszentrum haben Konsultationen stattgefunden, um den Entwurf des Abkommens über gemeinsame materiell-technische und medizinische Versorgung der Truppen (der Kollektiven Kräfte) der OVKS abzustimmen. Diese Information wurde auf der OVKS-Website veröffentlicht, wie die Nachrichtenagentur BelTA berichtet.

„Das Dokument wird für die Rechtsregelung der Fragen zur Organisation und zur materiell-technischen und medizinischen Versorgung der Truppen (der Kollektiven Kräfte) der OVKS bei der gemeinsamen Lösung von Aufgaben zur kollektiven Sicherheit sowie während der gemeinsamen Maßnahmen der operativen und Gefechtsausbildung ausgearbeitet. Unter Berücksichtigung der während der Konsultationen eingebrachten Vorschläge werden der integrierte OVKS-Stab und das Sekretariat der Organisation den Abkommensentwurf nacharbeiten und dem Ständigen Rat der OVKS zur Erörterung übergeben“, hieß es in der Mitteilung.

An der Veranstaltung, die in Form einer Videokonferenz stattfand, nahmen Experten der interessierten Ministerien und Behörden der Mitgliedstaaten der Organisation, des Sekretariats und des integrierten Stabs der OVKS teil. Neben der Vertretern der Verteidigungsbehörden beteiligten sich an den Konsultationen Spezialisten der Außen- und Gesundheitsministerien.

armiyadnr.su: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR am 26.08.2020

In den letzten 24 Stunden haben die bewaffneten Formationen der Ukraine nach Angaben von Beobachtern der DVR im GZKK **dreimal die Zusatzmaßnahmen zur Verstärkung und Kontrolle des geltenden unbefristeten Regimes der Feueereinstellung verletzt**. Der Gegner einmal **Drohnen eingesetzt**, im Gebiet von zwei Ortschaften wurden **zwei Fälle der Durchführung technischer Arbeiten** festgestellt. Feuerprovokationen von Seiten der ukrainischen Straftruppen wurden nicht bemerkt.

Gestern hat die ukrainische Seite ein weiteres Mal den ersten Punkt der Zusatzmaßnahmen zur Verstärkung und Kontrolle des geltenden Waffenstillstands verletzt, nämlich das Verbot des Einsatzes jeglicher Art von Fluggeräten.

Im Gebiet von Wodjanoje wurde eine Drohne des Typs „Phantom“ bemerkt, mit deren Hilfe Kämpfer eines Luftsturmbataillons der 36. Brigade die technische Ausstattung ihrer Positionen kontrollierten und versuchten Aufklärung unserer Positionen zu betreiben. Außerdem haben Kämpfer des 18. und 137. Bataillons der 35. Brigade die technischen

Arbeiten im Gebiet von Schumy und Showanka fortgesetzt.

Unser Videobeobachtungssystem hat **einen Vorfall auf den Positionen eines Luftsturmbataillons der 36. Marineinfanteriebrigade** im Gebiet von Wodjanoje festgestellt, wo wegen der Verletzung von Sicherheitsbestimmungen durch die Soldaten ein Brand provoziert wurde. Nach vorläufigen Informationen betragen die Verluste des Gegners einen Toten und zwei Verletzte.

Die Verteidiger der Republik haben das Feuer auf den Gegner nicht eröffnet, beobachtet und streng das Regime der Feueereinstellung eingehalten.

Ein weiteres Mal bemerken eine **Widersprüchlichkeit der Erklärungen des Pressezentrams des Stabs der OOS und der verlogenen ukrainischen Massenmedien**, die ihre Arbeit zu Beschuldigung der Einheiten der Volksmiliz der DVR bezüglich der Verletzung des Regimes der Feueereinstellung nicht koordinieren können. Solche Differenzen der offiziellen Quellen zeugen von der Unzuverlässigkeit der von ihnen dargestellten Mitteilungen und beweisen direkt die fehlende Abstimmung bei Falschmeldungen. *(Es folgen Screenshots von Internetseiten und aus sozialen Netzwerken mit widersprüchlichen Aussagen; Anm. d. Übers.)*

Da sie keinen Anlass haben die Volksmiliz der Nichteinhaltung der Minsker Vereinbarungen zu beschuldigen, unterlässt das ukrainische Militärkommando die Versuche nicht, die Volksmiliz unter Heranziehung von Vertretern der Zentren für informationspsychologische Operationen und kontrollierter Massenmedien unter allgemeiner Leitung von Propagandisten des Pressezentrum des Stabs der OOS zu diskreditieren.

Wir haben die Arbeit von Filmteams der Fernsehsender „112“, „5. Kanal“ und der Informationsagentur „Armija Inform“ im Gebiet von Krasnogorowka festgestellt, welche die redaktionelle Aufgabe haben, Materialien zu erstellen, um die Volksmiliz der Verletzung der Zusatzmaßnahmen zu Verstärkung und Kontrolle des geltenden unbefristeten Regimes der Feueereinstellung zu beschuldigen sowie um über die Situation in Bezug auf die Bekämpfung der Coronavirus-Pandemie in den Ortschaften und Einheiten der BFU zu informieren.

Außerdem liegen uns Informationen über die Arbeiter der ukrainischen Massenmedien „NewOne“, „24. Kanal“ und „UA TV“ im Verantwortungsbereich der 53. mechanisierten Brigade im Gebiet von Granitnoje vor.

Wie wir mehrfach mitgeteilt haben, wirkt sich die Anwesenheit ukrainischen Massenmedien in der OOS-Zone negativ auf die Lage entlang der Kontaktlinie aus und führt zu einer Zunahme von Provokationen von Seiten der BFU gegen die Republik.

Unsere Aufklärung hat Informationen erhalten, dass am Stationierungsort der 36. Brigade der BFU eine Spezialabteilung des militärischen Rechtsordnungsdienstes eingetroffen ist. Dies hängt mit der fortschreitenden Zunahme von Verbrechen gegen die Zivilbevölkerung und nicht ordnungsgemäßen gegenseitigen Beziehungen zwischen den Soldaten zusammen. Im Zustand der Anarchie, ungezügelter Alkoholisierung und Schikanen in den ukrainischen Streitkräften betreiben die ukrainischen Kämpfer Raub bei der örtlichen Bevölkerung.

Uns wurden **weitere Fälle von gruppenweisem Verlassen des Truppenteils** in der 36. Brigade bekannt. Fünf Soldaten, die die ihnen anvertrauten Waffen mitnahmen, haben eigenmächtig die eingenommenen Positionen verlassen und sind in die nahegelegene Ortschaft Pawlopol gefahren, um sich alkoholische Getränke zu verschaffen. Zum Glück endete das eigenmächtige Entfernen von der Truppe ohne Folgen für die örtliche Bevölkerung. Die Deserteure wurden von einer Abteilung des militärischen Rechtsordnungsdienstes, die gemeinsam mit einer Polizeiabteilung patrouillierte, festgenommen, praktisch in bewusstlosem Zustand am Eingang zu einem Geschäft.

Um Aufsehen zu vermeiden hat der Brigadekommandeur Gnatow den Assistenten des Kommandeurs für juristische Arbeit Poddubskij und die Leiterin des Pressedienstes Bessmertnaja entsandt, um die Frage mit den Vertretern der Rechtsschutzorgane zu klären. Dieser Fall wird sorgfältig gegenüber den Kommando der OOS verheimlicht.

Nach unserer Informationen wollen die Polizisten, die die ukrainischen Kämpfer entwaffnet haben, die konfiszierten Waffen und Munition nicht zurückgeben, sie nehmen keinen Kontakt mit Vertretern der Brigade auf.

Sputnik.by: **Der Vorsitzende des Streikkomitees der MZKT Lawrinowitsch wurde für 10 Tage in Haft genommen**

Lavrynovych wird die Tage der Haft in der Akrestsinstraße verbüßen, wo sich bereits die Mitglieder des Koordinierungsrates Olga Kowalkowa und Sergej Dylewskij aufhalten. Der Vorsitzende des Streikkomitees des Minsker Radtraktorwerks (MZKT) Alexander Lawrinowitsch erhielt zehn Tage Verwaltungshaft, teilte das Bezirksgericht Sawodskowo in Minsk mit.

„Lawrinowitsch wurde zu zehn Tagen administrativer Haft verurteilt“, wurde Sputnik am Mittwoch vom Gericht mitgeteilt.

Vor einigen Tagen hatten Polizeibeamte ein Verwaltungsprotokoll über Lawrinowitsch erstellt und ihn festgenommen. Heute hat das Gericht ihn auf der Grundlage der Artikel 1 und 2 von §23.34 des Verwaltungsgesetzbuchs wegen Verstoßes gegen das Verfahren zur Organisation und Teilnahme an Massenveranstaltungen zu 10 Tagen Haft verurteilt.

Er wird die Tage im Zentrum für die Isolation von Straftätern der Hauptdirektion für innere Angelegenheiten von Minsk in der Akrestsinstraße verbringen.

Am vergangenen Dienstag wurden das Mitglied des Koordinierungsrates der Opposition Olga Kowalkowa und der Vorsitzende des Streikkomitees des MTZ-Werks Sergei Dylewskij jeweils 10 für Tage inhaftiert. Sie wurden ebenfalls wegen Verstoßes gegen das Verfahren zur Organisation oder Durchführung von Massenveranstaltungen angeklagt. ...



<https://cdn11.img.sputnik.by/images/07e4/08/11/1045485880.jpg>

deutsch.rt.com: **"Stärkung der Demokratie": Tichanowskaja trifft sich mit Pompeos Stellvertreter in Vilnius**

Die oppositionelle weißrussische Politikerin Swetlana Tichanowskaja soll sich mit einem hochrangigen US-Diplomaten getroffen haben, um die "Stärkung der Demokratie" in ihrer Heimat zu besprechen. Das geht aus einer Erklärung des US-Außenministeriums hervor. Die unterlegene Kandidatin bei den Präsidentschaftswahlen in Weißrussland Swetlana Tichanowskaja hat sich am Montag mit Stephen Biegun, dem stellvertretenden US-Außenminister, getroffen, um mit ihm über die "Stärkung der Demokratie" in Weißrussland zu sprechen. Ein Schritt, der in Minsk und in Moskau Empörung ausgelöst haben dürfte. Russland forderte die westlichen Staaten auf, sich aus der Situation in Weißrussland, dem wichtigsten militärischen und politischen Verbündeten Moskaus, herauszuhalten. In einer Erklärung des US-Außenministeriums hieß es, Biegun habe mit Tichanowskaja in Vilnius "die Stärkung von Demokratie und Menschenrechten im Land" diskutiert. In der

amtlichen Bekanntmachung wurde Tichanowskaja als "Oppositionsführerin" bezeichnet. Washington beteuerte sein "Bekenntnis zur Souveränität und territorialen Integrität von Weißrussland und zum souveränen Recht dessen Volkes, sein eigenes Staatsoberhaupt zu wählen und seine Zukunft selbst zu bestimmen".

Biegun traf sich auch mit dem litauischen Außenminister Linas Linkevičius, dem litauischen Verteidigungsminister Raimundas Karoblis und weiteren Amtsträgern, um "die Lage in Weißrussland, die Bekämpfung der von Russland und China ausgehenden Bedrohungen und die Förderung von Menschenrechten und Demokratie" zu erörtern. ...



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2020.08/article/5f46154ab480cc1a84496a84.jpg>

deu.belta.by: EAWK: **Coronavirus fördert Wachstum des Lebensmittelhandels in der EAWU**

Die Corona-Pandemie trug zum Wachstum des Handels mit Lebensmitteln und Landwirtschaftserzeugnissen in der Eurasischen Wirtschaftsunion bei. Das erklärte der Vertreter des Handelsblocks der Eurasischen Wirtschaftskommission Alexej Aschichmin. „Der gegenseitige Handel der EAWU-Mitgliedsstaaten mit Lebensmitteln ist im ersten Halbjahr 2020 um 2,5% auf \$4,1 Mrd. gegenüber dem Vorjahr gewachsen. Der Handel mit Industriewaren stieg um 13% auf \$0,32 Mrd. an. Einen wesentlichen Beitrag leistete dazu der gegenseitige Handel mit Soja. Es wurde eine Steigerung um das 8,4fache festgestellt. Zuckerverkauf vergrößerte sich um 26,2%, der von Käse und Quark um 10,2%“, sagte der Vertreter des Handelsblocks der EAWK.

Der Handel mit Nichtrohstoffwaren zeigte eine symbolische Senkung um 0,4%. „Im Geldausdruck ging der Handel mit Nichtrohstoffwaren in den Ländern der Union in den Monaten Januar/Juni um 7% auf \$18,2 Mrd. zurück. Der Anteil dieser Waren am Gesamthandel wuchs von 25,4% auf 25,8% an. Der Anteil der Verkäufe der Nichtrohstoffwaren in der EAWU stieg von 68,4% im ersten Halbjahr 2019 auf 74,1% im ersten Halbjahr dieses Jahres“, erzählte Alexej Aschichmin.

Was die Nichtrohstoffexporte der EAWU in die Drittstaaten angeht, so verringerten sie sich nach den Ergebnissen des 1. Halbjahres um 9% auf \$52,2 Mrd. Gleichzeitig nahm der Anteil solcher Exporte an gesamten Lieferungen der Union von 25,4% im vorigen Jahr auf 29,4% in diesem Jahr zu. Mengenmäßige Exportmenge verringerte sich um 0,2%.

„Die beste Verkaufsdynamik weisen die Lebensmittel (Wachstum um 17,2% im Geldausdruck auf \$11,4 Mrd.) und Nichtlebensmittelerzeugnisse (Wachstum um 9,1% auf \$0,62 Mrd.) auf. Die Exporte von Zucker wuchsen um das 12fache, von Fleisch- und Geflügelprodukten um das 2,7fache, von Sonnenblumen um das Zweifache, von Sonnenblumenöl um 42,3% und Weizen um 9,3% an“, fügte der Vertreter des EAWK-Handelsblocks hinzu.



https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2020/000021_1598441953_52241_big.jpg

de.sputniknews.com: **Wegen norwegischem Flugzeug an Russlands Grenze: Russische MiG-31 über Barentssee unterwegs**

Ein russisches Flugzeug MiG-31 hat eine Maschine der norwegischen Luftstreitkräfte nahe Russlands Grenzen in der Barentssee begleitet. Dies teilte am Mittwoch das russische Nationale Zentrum für Verteidigungsverwaltung mit.

„Am 26. August ist von den russischen Mitteln zur Kontrolle des Luftraums über dem neutralen Gewässer der Barentssee ein Ziel geortet worden, das sich der staatlichen Grenze Russlands näherte“, heißt es in der Mitteilung. Für die Identifizierung des Objektes sowie Verhinderung der Grenzverletzung hob ein Abfangjäger vom Typ MiG-31 der Dienstluftabwehrtruppen der Nordflotte ab.

Die Besatzung der russischen Maschine konnte das Objekt aus sicherer Entfernung als Flugzeug der Patrouillenfliegerkräfte P-3C „Orion“ der norwegischen Luftstreitkräfte identifizieren.

Das ausländische Militärflugzeug habe an der russischen staatlichen Grenze gewendet und die russische Maschine sei sicher zum Heimatflugplatz zurückgekehrt.

„Der ganze Flug des russischen Jägers MiG-31 erfolgte strikt nach internationalen Regeln für die Nutzung des Luftraums.“

Die russische Staatsgrenze wurde demnach nicht vom norwegischen Flugzeug verletzt.

Erst am Montag hatte eine MiG-31 eine norwegische Maschine über der Barentssee begleitet.

Mil-Inr.info: **Erklärung des Vertreters der Volksmiliz der LVR am 26. August 2020**

In den letzten 24 Stunden wurden **keine Feuerprovokationen von Seiten der BFU** festgestellt, jedoch **zwei Verletzungen der Zusatzmaßnahmen** zur Verstärkung und Kontrolle des Regimes der Feueinstellung.

In Verletzung von Punkt 1 haben Kämpfer der 30. und 14. Brigade auf Befehl der Kriegsverbrecher Garas und Wojtschenko technische Arbeiten zur Ausrüstung von Positionen im Gebiet von Solotoje-4 und Nowotoschkowskoje durchgeführt. ...

Deu.belta.by: **Einschätzung von Handlungen der Rechtsschutzbeamten bedeutet Einmischung in innere Angelegenheiten von Belarus**

Die Bewertung von Handlungen der belarussischen Rechtsschutzbeamten bedeutet die Einmischung in die inneren Angelegenheiten von Belarus. Das erklärte der Pressesprecher des russischen Präsidenten, Dmitri Peskow, heute vor Journalisten, wie die Nachrichtenagentur

BelTA berichtet.

„Irgendwelche Einschätzungen darüber zu geben, was geschieht, Einschätzungen über die eine oder andere Tätigkeit der Rechtsschutzbehörden zu geben, die die Funktionen der Gewährleistung der Ordnung erfüllen, würde bedeuten, sich in die inneren Angelegenheiten unseres Nachbarn Belarus einzumischen. Das werden wir nicht tun“, unterstrich Dmitri Peskow.

denis-pushilin.ru: Am 26. August erörterte das Oberhaupt der DVR Denis Puschilin mit dem Bildungs- und Wissenschaftsminister Michail Kuschakow Fragen der Immatrikulationskampagne und Fragen der Vorbereitung auf das neue Schuljahr.

Die erste Frage betraf die Arbeitsplatzvermittlung von Absolventen pädagogischer Hochschulen.

„Im Ergebnis von Reisen in die Städte und Bezirke der Republik habe ich mit mit einem Problem zu tun gehabt, das in vielen Schule existiert – ein Mangel an qualifizierten pädagogischen Kadern. Insbesondere wurde das Thema am Samstag in einem der Dörfer im Bezirk Nowoasowsk angesprochen. Dort wird darum gebeten, wieder zielgerichtete Zuweisungen für Studenten von pädagogischen Hochschulen vorzunehmen“, sagte Denis Puschilin.

Nach den Worten Michail Kutschakows läuft die Arbeit bezüglich der zielgerichteten Zuweisungen.

„Diese Aufgabe haben Sie gestellt, wir arbeiten daran. Das Interesse an pädagogischen Studiengängen wird größer, weil mit Ihrer Unterstützung die Stipendien für die Studenten der pädagogischen Fachrichtungen erhöht wurden. Jetzt bereiten wir Maßnahmen vor, die es unseren Studenten erlauben, wie in Russland ab dem dritten Semester Unterricht zu geben, damit wir die jungen Leute in Schulen schicken können, denen pädagogische Mitarbeiter fehlen“, teilte Michail Kuschakow mit.

Das Republikoberhaupt merkte an, dass die Entsendung in Ortschaften der DVR unter Kontrolle des Ministeriums erfolgen muss.

Weiter wurde die Frage staatlicher Aufträge zur Ausbildung von Kadern behandelt.

„Ich weiß, dass heute ein Maßnahmenkomplex zum Übergang zu fachbezogener und zielgerichteter Erarbeitung von staatlichen Aufträgen zur Ausbildung von Kadern durchgeführt wird. Es ist bemerkenswert, dass es ein engeres Zusammenwirken von Arbeitsmarkt und dem Markt der Bildungsdienstleistungen unter Berücksichtigung des Bedarfs der Ökonomie gibt. Aber wann können wir die ersten Ergebnisse sehen? Wann wird das Problem mit dem Mangel an Lehrern abschließend gelöst sein? Übrigens betrifft dasselbe auch die medizinischen Kader. Das Defizit an Ärzten ist ein großes Problem! Was sind Ihre Vorschläge zu dessen Lösung? Außer, dass die Bürgermeister von Städten und Bezirken die Aufgabe haben, junge Spezialisten mit Wohnraum zu versorgen. In diesem Bereich wird bereits gearbeitet. Aber hier ist ein komplexes Herangehen notwendig. Wie sehen Sie das?“, fragte das Staatsoberhaupt.

„Wir folgen Ihren Aufträgen, haben eine große Zahl von staatlichen finanzierten Plätzen in die medizinische Universität, in die mittleren Berufsbildungseinrichtungen, die medizinisches Personal ausbilden, gegeben. Wenn man über vorläufige Ergebnisse spricht, so sind bei der Popularität die medizinischen Berufe an erster Stelle. ...“, sagte der Minister. Weiter wies er darauf hin, dass die medizinische Universität ein Universitätsklinikum erhalten muss. ... Zur Frage des Interesses an pädagogischen Berufen sagte der Minister, dass die Donezker Nationaluniversität gestärkt werden muss, weil ihre Kapazität es nicht erlaubt, alle Interessierten aufzunehmen. Außerdem werden die sozialen Garantien für Pädagogen verbessert werden, die zielgerichtete Zuweisung an Dorfschulen wird verstärkt werden. Das heißt, Kinder aus Dorfschulen werden zum Studium nach Donezk geschickt unter Berücksichtigung dessen, dass sie dorthin zur Arbeit zurückkehren.

„Es gibt dafür positive Beispiele. In Shdanowka war ich in einer Schule und dort waren viele Lehrer, die selbst diese Schule besucht haben. Das ist ein guter Anfang und das muss unterstützt werden“, sagte Denis Puschilin.

Ein weiteres Problem, das Denis Puschilin ansprach, war das Fehlen von Stellen für medizinische Mitarbeiter an Schulen.

„Sie sollten dort standardmäßig sein, umso mehr im Lichte des Kampfes gegen die Coronavirusinfektion muss es Sanitätsstationen geben. Wie sehen Sie die Lösung dieser Frage“, fragte Denis Puschilin.

Michail Kuschakow erklärte, dass dieses Problem vor allem in Dorfschulen besteht. Zurzeit gibt es dort gemeinsame Lehrgänge mit dem Gesundheitsministerium.

„Weisen Sie dort Planstellen zu. Bei einigen Schulen gibt es Menschen, die dort arbeiten könnten, aber es gibt keine Stellen. Jetzt ist der beste Moment, da das Finanzministerium uns entgegen kommt“, sagte der Staatsoberhaupt.

Weiter wurde die Frage der IT-Ausstattung der Schulen besprochen.

„Wir werden dieses Problem jetzt lösen. Aber in der ganzen Republik wird ein Verständnis benötigt, was bei uns geschieht. Jede Schule muss einen Fragebogen ausfüllen. Weil wir heute ohne IT-Technik nicht die notwendigen Bedingungen für unsere Schüler schaffen. Ich weiß, dass dies viel kostet, wenn man alle Schulen einbezieht, aber diese Frage muss gelöst werden. Erarbeiten Sie Vorschläge, wie das etappenweise erfolgen kann“, sagte Denis Puschilin.

Der Minister erklärte, dass es jährlich Mittel zur Lösung dieses Problems gibt, weil in den Schulen seit 15 Jahren die IT-Technik nicht erneuert worden ist.

In Bezug auf die Immatrikulationskampagne erläuterte Michail Kuschakow:

„Am 27. August wird die Immatrikulation für die abgeschlossen, die auf staatlich finanzierte Studienplätze kommen, am 31. August für die, die auf Vertragsbasis kommen. Die Fachbereiche, die Interesse hervorrufen, sind Medizin, Informatik, pädagogische Berufe. Wir haben in diesem Jahr 8000 staatlich finanzierte Plätze, auf die sich 16.030 Personen beworben haben.

Außerdem ist die Zahl der Interessenten aus anderen Regionen – der RF, der LVR und anderen Staaten – gewachsen. Etwas weniger aus der Ukraine, aber das liegt an der Frage der Grenze. Das Interesse an unserer höheren Berufsbildung wächst“, sagte Michail Kuschakow.

...

Ein Teil der Bewerber, die keinen Platz erhalten, haben die Möglichkeit, in Einrichtungen der mittleren Berufsbildung einzutreten. Dort gibt es 8847 Plätze, aber nur etwa 6500 Bewerbungen.

Denis Puschilin unterstrich, dass die Schüler an Einrichtungen der mittleren Berufsbildung stärker unterstützt werden müssen, weil in der Republik Spezialisten aus dem Facharbeiterbereich fehlen. ...

Deu.belta.by: **Koordinierungsrat ist verfassungswidrig und hat keine Befugnisse**

Der Koordinierungsrat ist verfassungswidrig und hat keine Befugnisse. Das erklärte das Mitglied der Ständigen Kommission für Gesetzgebung der Repräsentantenkammer Irina Dowgalo.

„Der Koordinierungsrat ist verfassungswidrig. Er hat keine Befugnisse. Die gesetzgebende Gewalt in Belarus wird durch eine bestimmte Gewalt gemäß Verfassung vertreten“, sagte Irina Dowgalo.

Die Parlamentarierin kommentierte den Aufruf des Koordinierungsrates, Abgeordnete aller Ebenen abzurufen. „Die Mitglieder des so genannten Koordinierungsrates kennen sich nicht in der Arbeit der Abgeordneten der Repräsentantenkammer aus. Das ist in erster Linie die Arbeit mit Wählern. Die Abgeordneten bemühen sich darum, den Menschen zu helfen. Eben die Macht hat die Befugnisse, Ressourcen zur Problemlösung“, betonte sie.

Die Parlamentarierin unterstrich, dass die Abgeordneten die Vorschläge der Menschen zum

Ordnungswidrigkeitsgesetzbuch berücksichtigen.



https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2020/000022_1598444102_52243_big.jpg

de.sputniknews.com: **Proteste in Weißrussland am Dienstag: Innenministerium berichtet über 4800 Teilnehmer**

An den Protesten am Dienstagabend in Weißrussland haben nach Angaben des Innenministeriums knapp 4800 Menschen teilgenommen. Es gebe 51 Festnahmen.

„Gestern, am 25. August, hat im Land eine Reihe von gesellschaftlich-politischen Massenveranstaltungen stattgefunden. In diesem Zusammenhang hat das Innenministerium die nötigen Maßnahmen zur Gewährleistung von Ordnung und Sicherheit ergriffen. 48 Herde politischer Aktivitäten von Bürgern wurden registriert“, heißt es in einer Mitteilung, die auf der Webseite des Ministeriums veröffentlicht wurde.

Es wurde darauf verwiesen, dass mindestens 16.750 Menschen Teil der Veranstaltungen zur Aufrechterhaltung von Frieden, Sicherheit und Ruhe gewesen seien. Besonders aktiv seien die Menschen in den Gebieten Brest und Grodno sowie in Minsk und im gleichnamigen Gebiet gewesen.

„Die zahlenmäßige Stärke der Protestaktionen, die in verschiedenen Regionen der Republik stattfanden, hat die Marke von 4800 Menschen nicht übertroffen. Die meisten Protestierenden gab es in Minsk, Brest und Molodechno (im Gebiet Minsk – Anm. d. Red.). In der Hauptstadt wurden tagsüber nicht genehmigte Veranstaltungen vor dem Gebäude des Bildungsministeriums und am Abend auf dem Unabhängigkeitsplatz gemeldet“, hieß es vonseiten des Innenministeriums.

Unter anderem berichtete die Behörde über die Zahl der Festnahmen während der nicht genehmigten Veranstaltungen. Insgesamt seien landesweit 51 Menschen wegen Ordnungswidrigkeiten festgenommen worden, heißt es.

So habe sich eine „Unterstützungsgruppe“ aus Arbeitern der Düngefabrik „Grodno Azot“ vor dem Gebäude des Oktjabrski-Polizeireviere versammelt. Einige Aktionsteilnehmer seien wegen der Teilnahme an einer nicht genehmigten Massenveranstaltung festgehalten und dann nach der Fertigstellung der administrativen Protokolle wieder freigelassen worden.

Menschenrechtler berichten von 40 Festnahmen

Indes berichteten Menschenrechtsorganisationen über 40 Festnahmen wegen der Teilnahme an nicht genehmigten Protestaktionen am Dienstag in verschiedenen Regionen Weißrusslands. Wie das Menschenrechtszentrum „Wesna“, das nicht von den Behörden der Republik registriert ist, auf seiner Webseite mitteilte, seien nach einer nicht genehmigten Aktion der Opposition am Dienstag im Raum des Unabhängigkeitsplatzes in Minsk 15 Menschen festgenommen worden.

Die Informationen über drei weitere Festgenommene in Minsk würden zurzeit präzisiert, da Bekannte und Verwandte zwei Männer nach einer nicht genehmigten Kundgebung im Zentrum der weißrussischen Hauptstadt telefonisch nicht erreichen könnten. Zu einem weiteren Mann sei der Kontakt nach einer nicht genehmigten Aktion vor dem Eingang des Minsker Traktorenwerks abgebrochen.

Darüber hinaus wurden laut dem Menschenrechtszentrum fünf Menschen nach den Protestaktionen der Opposition in Grodno, Gomel, Bobrujsk und Mogiljow festgenommen.

Proteste in Weißrussland

Gleich nach der von Fälschungsvorwürfen der Opposition überschatteten Präsidentenwahl vor zwei Wochen sind in Weißrussland Proteste ausgebrochen. Unzufriedene Menschen forderten Lukaschenkos Rücktritt und erklärten seine einstige Rivalin Swetlana Tichanowskaja zur wahren Siegerin der Präsidentenwahl. Der Wahlleitung zufolge erhielt der Amtsinhaber Alexander Lukaschenko 80,1 Prozent und Tichanowskaja rund zehn Prozent der Stimmen. In den ersten Protesttagen gab es mehr als 7000 Festnahmen. Hunderte Menschen, darunter etwa 120 Sicherheitskräfte, erlitten Verletzungen. Nach Angaben der Behörden gab es unter den Protestierenden drei Tote.



https://cdn.e1.img.sputniknews.com/img/07e4/08/1a/327801756_0:235:3071:1897_1000x541_80_0_0_f38f36c0a9528fd198fad5fb36ab8159.jpg

rusvesna.su: **Timoschenko befindet sich in einem kritischen Zustand**

Die Vorsitzende der Batkiwtschyna-Partei, Julia Timoschenko, die sich zuvor mit dem Coronavirus infiziert hatte, befindet sich in einem kritischen Zustand.

Dies wurde auf Sendung eines der ukrainischen Fernsehsender von ihrem Parteikollegen, dem Abgeordneten Wadim Iwtschenko, mitgeteilt.

Gleichzeitig stellte er klar, dass Timoschenko nicht an ein Beatmungsgerät angeschlossen wurde (solche Gerüchte tauchten am Vortag in der ukrainischen Presse auf).

„Die Behauptung, dass sie an ein Gerät (Beatmungsgerät - ca. Wohnmobil) angeschlossen sei, stimmt nicht. Julia Timoschenko ist in einem kritischen Zustand, sie hat eine hohe Temperatur, sie unternimmt alle geeigneten Schritte, um ihre Lunge zu beatmen, aber dies ist kein Beatmungsgerät, dies sind andere geeignete Geräte, die gemäß den Vorgaben verwendet werden müssen“, sagte Iwtschenko.

Wir erinnern daran, dass früher "Russkajs Wesna" berichtete, dass die Vorsitzende von "Batkiwtschyna" in einem Krankenhaus wegen einer schweren Form von COVID-19 behandelt wird. Zusammen mit der Politikerin infizierten sich auch ihre Tochter Jewgenia und ihr Schwiegersohn Artur Tschetschetkin mit dem Coronavirus.



https://rusvesna.su/sites/default/files/styles/node_pic/public/timoshenko_v_maske_rada.jpg

de.sputniknews.com: „Höchstmaß an Vertrauen“: Experte zum U-Boot-Projekt von Russland und China

Russland und China werden gemeinsam ein nicht-atomares U-Boot neuer Systemgeneration entwickeln. Bedrohungen von außen stärken das Vertrauen der beiden Länder, woraus gemeinsame Vorhaben auf dem Gebiet der Verteidigung entstehen, sagen Experten im Sputnik-Gespräch.

Noch wird verhandelt, konkrete Entwicklungsfristen zu nennen, wäre im Moment nicht möglich. Aber ja, es geht um die „gemeinsame Konstruktion eines nicht-atomaren U-Boots neuer Generation“, versicherte ein Sprecher des russischen Föderalamts für wehrtechnische Zusammenarbeit auf der Rüstungsmesse „Army 2020“.

Die Projektpartner sollen das jeweils Beste in die Entwicklung einbringen – Technologie von der einen, Ressourcen von der anderen Seite, erklärt der Militärexperte und Kapitän der Reserve Konstantin Siwkow im Sputnik-Gespräch:

„China hat aus meiner Sicht ein starkes Interesse an russischen Technologien zur Lärminderung. Bisher können nur wenige Länder auf der Welt lautlose U-Boote bauen. Russland ist eines davon. Es ist seinerseits an chinesischen Finanzressourcen und Produktionskapazitäten interessiert. Daraus ergibt sich eine gegenseitig profitable Partnerschaft.“

Diese Partnerschaft erfordert allerdings auch Vertrauen in höchstem Maß, gibt der Politologe Wladimir Kolotow von der Universität Sankt Petersburg zu bedenken. Doch gerade Russland und China können dieses Vertrauen aufbringen: „Wehrtechnische Vorhaben wie die gemeinsame Entwicklung neuer Waffensysteme können nur bei Ländern gelingen, deren Konfliktrisiko sehr gering ist. Nur dann können sich die Regierungen in solchen Projekten aufeinander einlassen.“

Ein U-Boot gemeinsam zu entwickeln, ist laut dem Politologen ein Zeichen von sehr starkem Vertrauen. „U-Boote sind in der Landesverteidigung, aber auch in der Außenpolitik ein wirkmächtiger Faktor gegen äußere Bedrohungen. Gerade diese äußere Bedrohung ist für Russland wie für China weitestgehend gleich“, so der Experte.



https://cdn1.img.sputniknews.com/img/07e4/08/1a/327803739_0:140:3064:1798_1000x080_0_1_4f6845119a838ec72532d2a39bc6ca9f.jpg

de.sputniknews.com: **Teheran spricht von „weiterer historischer Niederlage“ Washingtons**

Die Tatsache, dass Washingtons Forderung nach Wiederherstellung der Sanktionen gegen Teheran ein weiteres Mal im UN-Sicherheitsrat gescheitert ist, bedeutet laut dem Sprecher des iranischen Außenministeriums, Saeed Khatibzadeh, eine historische Niederlage Amerikas. „Letzte Nacht haben die Vereinigten Staaten in der Sitzung des UN-Sicherheitsrates eine weitere historische Niederlage erlitten“, sagte Khatibzadeh gegenüber der Fernseh- und Radiogesellschaft IRIB.

„Zum ersten Mal in der Geschichte des Sicherheitsrates sah sich eines der ständigen Mitglieder innerhalb von weniger als zehn Tagen (wiederholt) einem ‚großen Nein‘ gegenüber“, sagte der Sprecher in Anbetracht dessen, dass der UN-Sicherheitsrat auch Washingtons Resolution zur Verlängerung des Waffenembargos gegen Teheran auch nicht unterstützt hat.

Khatibzadeh zufolge ist dies bereits „die achte oder neunte Niederlage Amerikas“ in den letzten Monaten.

Der Sprecher äußerte auch die Hoffnung, dass die Mitglieder des UN-Sicherheitsrates Washington nicht erlauben würden, die Organisation mithilfe von Einschüchterungen als Instrument zur Verletzung des Völkerrechts zu nutzen.

Am 25. August hatten die Mitglieder des UN-Sicherheitsrates die US-Forderung, die Sanktionen gegen den Iran im Rahmen der Resolution 2231 wiederherzustellen, als nicht legitim anerkannt – die überwiegende Mehrheit der Länder im Sicherheitsrat ist der Ansicht, dass Washington kein Recht auf einen solchen Schritt habe.

Die US-Resolution zur Verlängerung des Waffenembargos gegen den Iran war zuvor am 15. August im UN-Sicherheitsrat gescheitert.

Danach hatte der US-Außenminister Mike Pompeo dem Vorsitzenden des Sicherheitsrates eine Klage über die Nichteinhaltung der Bestimmungen des Gemeinsamen Umfassenden Aktionsplans zum iranischen Nuklearprogramm (JCPOA) durch den Iran übermittelt, um das Verfahren zur Wiederherstellung anti-iranischer Sanktionen im Rahmen der Resolution 2231 zu starten.

Mechanismus zur Wiedereinführung von Sanktionen gegen den Iran

Die 2015 verabschiedete Resolution 2231 sieht einen Mechanismus für die automatische Wiedereinführung der UN-Sanktionen gegen den Iran vor, falls das Land seinen Verpflichtungen im Rahmen des JCPOA nicht nachkommt. Dieser Mechanismus ist seit 2015 für zehn Jahre gültig.

Die Resolution setzt voraus, dass der Iran im Falle von schwerwiegenden Verstößen während dieser Zeitperiode nur dann Sanktionen vermeiden kann, wenn eine entsprechende Resolution

des UN-Sicherheitsrats verabschiedet wird. Sollte mindestens eines der ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrates eine solche Resolution ablehnen, werden die Sanktionen automatisch innerhalb von 30 Tagen wieder aufgenommen.

Atomdeal mit Teheran

Im Juli 2015 hatten der Iran und die internationale Sechsergruppe (die fünf UN-Vetomächte und Deutschland) den sogenannten Gemeinsamen Umfassenden Aktionsplan (JCPOA) vereinbart. Der Iran verpflichtete sich, sein Atomprogramm herunterzufahren, im Gegenzug sollten die Wirtschaftssanktionen der Uno, der USA und der EU aufgehoben werden. Das Abkommen sah unter anderem vor, dass das Waffenembargo gegen den Iran innerhalb von fünf Jahren aufgehoben werden soll. Waffenlieferungen seien früher möglich, allerdings nur mit Genehmigung des UN-Sicherheitsrates. Am 8. Mai 2018 stiegen die USA jedoch einseitig aus dem Deal aus und verhängten schärfere Sanktionen gegen Teheran.

dnronline.su: Der Unterricht in den Schulen der DVR wird unter Berücksichtigung prophylaktischer Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung der Coronavirusinfektion erfolgen, erklärte der stellvertretende Bildungs- und Wissenschaftsminister der DVR Andrej Udowenko.

„Wir empfehlen den Eltern nachdrücklich, zur Hause Fieber zu messen, ehe sie das Kind in die Schule schicken. Jeder Schüler hat ein Tagebuch, und die Eltern müssen dort die Temperatur eintragen und abzeichnen.

Dort, wo es in der Schule möglich ist – kontaktlose Thermometer – empfehlen wir deren Nutzung, außerdem die Kinder visuell einzuschätzen, um Anzeichen von Erkältungskrankheiten zu finden und ein solches Kind in einem extra Raum unterzubringen, der in jeder Schule geschaffen wird. Es ist sehr wichtig, dass die Schulmitarbeiter, die die Kinder empfangen, Masken tragen“, sagte Andrej Udowenko.

Die Eltern müssen die Schule über eine Verschlechterung der Gesundheit des Kindes informieren und dürfen es dann nicht in die Schule lassen. Auch wenn nur ein Tag Unterricht versäumt wird, muss es ein ärztliches Attest geben, das bescheinigt, dass das Kind die Schule wieder besuchen darf. Wenn sich Eltern in häuslicher Quarantäne befinden, müssen sie auch die Schule darüber informieren.

In den Schulen müssen alle Eingänge genutzt werden, um Gedränge zu vermeiden. Jede Klasse bekommt einen eigenen Raum. Nur für einzelne Unterrichtsstunden müssen die Schüler diese verlassen. Die Sitzordnung in der Klasse wird so sein, dass 2,4 Quadratmeter pro Person vorhanden sind.

Weder Lehrer noch Kinder müssen in der Schule Masken tragen. Für ihre Kinder können die Eltern das entscheiden. Es darf keinerlei Geldforderungen wegen Masken oder Thermometern von der Schulverwaltung an die Eltern geben.

Die Unterrichtsstunden werden um fünf Minuten verkürzt, damit gelüftet werden kann. ... In den Schulküchen müssen die Mitarbeiter Masken und Handschule tragen, sie werden regelmäßig ärztlich untersucht.

Die Korridore und Toilette werden alle zwei Stunden vom technischen Personal der Schule feucht gereinigt.

de.sputniknews.com: Nato weist Vorwürfe der Einmischung in Weißrussland zurück

Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg hat Gerüchte über eine Einmischung des Verteidigungsbündnisses in den Machtkampf in Weißrussland scharf zurückgewiesen. Es sei absolut inakzeptabel, wenn „das Regime in Minsk oder Russland“ versuchten, den Fokus von den innenpolitischen auf außenpolitische Fragen zu verlagern, um eine Ausrede für Gewalt gegen das eigene Volk zu haben, sagte Stoltenberg am Mittwoch am Rande eines EU-Verteidigungsministertreffens in Berlin. Es gebe keinen Ausbau der Nato-Militärpräsenz in der Region.

Für die Nato-Staaten sei es ganz klar, dass die Menschen das Recht hätten, ohne Einmischung von außen über ihre Zukunft zu entscheiden, erklärte Stoltenberg. Man rufe Präsident Alexander Lukaschenko auf, die Grundrechte zu gewähren, zu denen auch das Recht auf freie Meinungsäußerung und friedliche Proteste zähle.

Am Sonntag hatten der litauische Präsident Gitanas Nauseda und der außenpolitische Berater des polnischen Präsidenten Andrzej Duda, Krzysztof Szczerski, die Beschuldigungen des weißrussischen Staatschefs zurückgewiesen.

Lukaschenko hatte am Samstag bei einem Besuch beim Militär in der Nähe von Grodno vor einer Revolution gewarnt und erklärt, man sehe eine Bewegung von Nato-Streitkräften in Polen und Litauen in unmittelbarer Nähe der weißrussischen Grenzen. Der weißrussische Präsident warf westlichen Staaten direkte Einmischung in die Angelegenheiten seines Landes vor. Lukaschenko zufolge stecken westliche Nachbarn hinter den jetzigen Protestaktionen in der Republik. ...



https://cdn1.img.sputniknews.com/img/32735/08/327350890_0:0:3072:1662_1000x0_80_0_1_0fd6fed6b53f1c4282ad1b441b064139.jpg

de.sputniknews.com: **Vorwurf der Chemiewaffen-Entwicklung: USA verhängen Sanktionen gegen russische Forschungsinstitute**

Die USA haben am Mittwoch Sanktionen gegen fünf russische Forschungsinstitute verhängt. Ihnen wird die Entwicklung von chemischen und biologischen Waffen vorgeworfen, heißt es auf der Webseite des US-Handelsministeriums.

Betroffen ist unter anderem auch das Forschungsinstitut des russischen Verteidigungsministeriums, das an der Entwicklung eines Corona-Impfstoffs beteiligt war. Oleg Morosow, Mitglied des Föderationsrates (russisches Oberhaus), hat diesen Schritt inzwischen mit der „Niederlage der USA bei der Impfstoff-Entwicklung“ erklärt. Die USA wollen ihm zufolge westliche Märkte für das russische Vakzin Sputnik V schließen, das Präparat werde aber trotzdem gefragt sein. ...

Denis-pushilin.ru: Der Glückwunsch des US-Präsidentschaftskandidaten Joseph Biden zum Unabhängigkeitstag der Ukraine gießt Öl ins Feuer des Konflikts im Donbass, erklärte das Oberhaupt der DVR Denis Puschilin gegenüber der föderalen Nachrichtenagentur.

Der US-Präsidentschaftskandidat Joseph Biden versprach, im Falle seines Sieges bei den Wahlen der Ukraine tödliche Waffen zu liefern. So hieß es in seinem Glückwunsch zum Unabhängigkeitstag der Ukraine, die auf dem offiziellen Portal des Politikers veröffentlicht ist. Dabei versprach Biden, Russland zu zwingen, die „Aggression und Besatzung“ der Ukraine zu stoppen.

Denis Puschilin merkte an, dass Joe Biden bei seinem Versprechen, tödliche Waffen zu liefern, angeblich um den Krieg zu beenden, ein recht zynisches Verhältnis zu dem Staat, an den er sich wendet, hat. Seit dem Zeitpunkt des Staatsstreichs ist die Ukraine nicht frei. „Und solche Erklärungen unterstreichen nur das Fehlen ihrer Souveränität. Es ist offensichtlich, dass auch die Waffenlieferungen den Frieden nicht befördern. Und die abgedroschene verlogene These von Russland als „Aggressor und Besatzer“, die schon mehrfach aus dem Mund Bidens zu hören war, ist ein recht umstrittenes PR für einen Politiker, der hofft, US-Präsident zu werden. Wir kennen das Verhältnis einiger politischer Kräfte der USA zum Völkerrecht. Und wenn sie früher wenigstens formal zu einer Umsetzung der UN-Resolution und einer friedlichen Regelung aufriefen, so eine „Gratulation“ gießt nur Öl ins Feuer des Konflikts im Donbass“, erklärte Denis Puschilin.

deutsch.rt.com: **Pompeo und Johnson fordern Gerechtigkeit für Nawalny-Vergiftung: "Täter zur Rechenschaft ziehen"**

Längst steht für die westliche Staatengemeinschaft fest: Der russische Rechtspopulist und Blogger Nawalny "wurde vergiftet", und zwar im Auftrag Putins. Jetzt fordern in dem Fall auch US-Außenminister Mike Pompeo und der britische Premier Boris Johnson Gerechtigkeit ein.

Der "Fall" des angeblichen russischen "Oppositionsführers" Alexei Nawalny, der niemals mehr als 4 Prozent der russischen Wählerstimmen auf sich vereinigen konnte, erschüttert die westliche Staatengemeinschaft. Auch wenn die Berliner Charité in ihrer Stellungnahme bislang lediglich von einer "Intoxikation", also einer "Vergiftung" des russischen Rechtspopulisten und Politbloggers spricht, stand für Politiker und ihnen nahestehende Medien in Warschau, Berlin und Brüssel innerhalb von Stunden nach Bekanntwerden des dubiosen Vorfalls fest, dass Nawalny "vergiftet wurde" und – mehr noch – dies selbstverständlich Putin höchstselbst in Auftrag gegeben hätte.

Der Kreml in Moskau, Regierungssitz des russischen Präsidenten. Dort wurde nach Meinung mancher deutscher Politiker ein Mordanschlag auf Alexei Nawalny ausgeheckt. Welchen Nutzen sich die russische Regierung von den Folgen eines derart vorhersehbaren PR-Desasters versprochen haben sollte – zudem angesichts der ohnehin äußerst angespannten regionalen und geopolitischen Lage – spielt bei der Beurteilung dessen, was wirklich geschehen sein könnte, keinerlei Rolle.

Gespannt wartete man stattdessen auf eine überfällige Reaktion jenes Landes, das nach eigenem Selbstverständnis weltweit die "Freiheit" und die "Menschenrechte" verteidigt. Statt US-Präsident Donald Trump meldete sich dann am Mittwoch "endlich" zumindest dessen Außenminister Mike Pompeo zu dem objektiv noch immer dubiosen Fall zu Wort.

Am Dienstag hieß es seitens des US-Außenministeriums, dass die Vereinigten Staaten "zutiefst besorgt über die berichteten vorläufigen Schlussfolgerungen deutscher Medizinexperten" seien, wonach "der russische Oppositionsaktivist Alexei Nawalny vergiftet" worden sei.

"Sollten sich die Berichte als zutreffend erweisen", seien die USA bereit, "die Forderung der EU nach einer umfassenden Untersuchung" zu unterstützen und bei den entsprechenden "Bemühungen zu helfen".

„Die Familie von Alexei Nawalny und das russische Volk verdienen es, dass eine umfassende und transparente Untersuchung durchgeführt wird und dass die Beteiligten zur Rechenschaft gezogen werden. Unsere Gedanken sind bei der Familie von Herrn Nawalny, und wir hoffen auf seine vollständige Genesung", hieß es besorgt seitens des US-Außenministeriums.

Auch persönlich äußerte sich der US-Außenminister Mike Pompeo:

„Sollten sich diese Berichte als zutreffend erweisen, unterstützen wir die Forderung der EU nach einer umfassenden Untersuchung. Die USA sind zur Unterstützung bereit", erklärte Pompeo nun über den Kurznachrichtendienst Twitter.

Im Windschatten Pompeos legte dann am Mittwoch der britische Premierminister Boris Johnson nach, um – gleich im Namen der gesamten Welt – seine Bestürzung über die "Causa Nawalny" ausdrücken. Jetzt gehe es darum, "die Täter zur Rechenschaft zu ziehen". „Die Vergiftung von Alexei Nawalny schockierte die Welt. Das Vereinigte Königreich steht in Solidarität mit ihm und seiner Familie. Wir brauchen eine vollständige, transparente Untersuchung der Geschehnisse. Die Täter müssen zur Rechenschaft gezogen werden, und Großbritannien wird sich den internationalen Bemühungen anschließen, um sicherzustellen, dass der Gerechtigkeit Genüge getan wird", gelobte Johnson. Der von Berlin bis Washington als "Kremlkritiker" – wahlweise auch als "Korruptionsbekämpfer" – gefeierte Nawalny wird nach wie vor in der Berliner Charité behandelt. Noch gibt es keine aktuelle Stellungnahme zu dessen "Vergiftung", geschweige denn zu Ursachen oder gar "Tätern".



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2020.08/article/5f46695a48fbef43071474fa.jpg>

abends:

rusvesna.su: **Die Ärzte in Omsk reagierten auf grobe Beleidigungen durch Anhänger von Nawalny**

Medizinische Mitarbeiter der Region Omsk veröffentlichten einen offenen Brief über die Kritik an den Aktionen von Ärzten des BSMP-1 während der Rettung des Bloggers Alexej Nawalny. Der Brief wurde vom Vorsitzenden der Gewerkschaft der Gesundheitspersonals, Sergej Bystruschkin, dem Rektor der staatlichen medizinischen Universität von Omsk, Maria Liwsan, dem Verdienten Arzt der Russischen Föderation Murat Adyrbaev, dem Chefarzt des KMHC Wadim Bereshnow und dem Chefarzt der Klinischen Dermatovenerologischen Apotheke, Juri Nowikow, unterzeichnet.

Am 20. August wurde Nawalny ins Krankenhaus BSMP-1 eingeliefert - er fühlte sich an Bord eines Flugzeugs, das von Tomsk nach Moskau flog, krank. Innerhalb der zwei Tage im Krankenhaus stabilisierte sich sein Zustand, danach durfte er auf Wunsch der Verwandten des Bloggers nach Berlin in die Charité gebracht werden.

Wir veröffentlichen diesen Brief vollständig.

„In letzter Zeit ist es fast zur Regel geworden, den Zustand der Gesundheitsversorgung zu kritisieren. Wir sind uns bewusst, dass manchmal negative Kommentare angemessen und konstruktiv sind. Die harte Reaktion der liberalen Öffentlichkeit auf die Aktionen der Omsker Ärzte zur Rettung von Alexej Nawalny geht jedoch über die Grenzen von Ethik und gesundem Menschenverstand hinaus.

Heute ist es unmöglich zu leugnen, dass Nawalny dank der Professionalität der Omsker Medizinspezialisten überlebt hat.

Innerhalb von 16 Minuten nach Erhalt des Signals vom Flugzeug kam der Krankenwagen am Flughafen an. In 17 Minuten, nachdem der Patient auf einer Trage übergeben worden war, wurde er in das medizinische Zentrum des Notfallkrankenhauses Nr. 1 in der Stadt Omsk gebracht. 44 Stunden lang kämpften Ärzte um sein Leben. Dies ist eine Tatsache, die nicht geleugnet werden kann.

In solchen Fällen bedanken sich in der Regel Verwandte, Freunde und Verwandte des Patienten bei den Ärzten. Wir sehen jetzt, dass die Anhänger von Alexej Nawalny auf jede erdenkliche Weise versuchen, diejenigen zu verunglimpfen, die ihm das Leben gerettet haben. Menschen ohne medizinische Ausbildung stellen Diagnosen, sprechen über Behandlung, manipulieren Informationen.

Zur fraglichen Zeit war keiner von ihnen Zeuge seines Zustands und auch nicht mit Ergebnisse von Analysen und Untersuchungen, die entsprechendes Fachwissen erfordern, vertraut. Tatsächlich sind wir dem Phänomen einer "politischen Diagnose" konfrontiert, das nichts mit Medizin zu tun hat.

Diese Personen interessieren sich mehr für die Toilette im Empfangsbereich, die derzeit renoviert wird, als für eine objektive Bewertung der Fakten über das Befinden des Patienten. Und die gab es dank der modernen Ausrüstung, mit der dieses medizinische Zentrum ausgestattet ist.

Leider wird es zur Tradition, Weiß Schwarz und Schwarz Weiß zu nennen.

Es kam zu dem Punkt, dass die Omsker Ärzte mit den Helden von Molières Komödien verglichen wurden, für die Blutegel und Aderlass die Hauptbehandlungsmethoden waren. Dies ist eine grobe Beleidigung für Ärzte, die fast zwei Tage lang in einer sehr schwierigen psychischen Situation das Leben des Patienten gerettet haben.

Für jeden Arzt, der den hippokratischen Eid geleistet hat, ist ein Patient in erster Linie eine Person, die Hilfe benötigt, unabhängig von ihren politischen Ansichten und religiösen Überzeugungen. Ein echter Arzt steht immer ausserhalb der Politik.

Jetzt werden jedoch die Menschen, die Nawalny am Leben erhalten haben, in den politischen Prozess hineingezogen. Sie werden mit Repressalien bedroht und mit beleidigenden Etiketten versehen. Wir glauben, dass eine solche Haltung gegenüber Ärzten, die ihre Pflicht ehrlich und professionell erfüllt haben, inakzeptabel ist. Solche Versuche wirklich eine echte politische Diagnose für alle Beteiligten.“

Wie "Russkaja Wesna" berichtete, sprach zwei Tage nach Nawalyns Einlieferung ins Krankenhaus der Leiter der ersten Abteilung für Anästhesiologie und Wiederbelebung des Nationalen Medizinischen und Chirurgischen Zentrums ‚N.I. Pirogow‘ des russischen Gesundheitsministerium Boris Teplych darüber, wie sein Leben gerettet wurde und wie Median in perwerser Weise darüber berichteten.

Bei einer Pressekonferenz am 24. August sprach der Chefarzt des Omsker Notfallkrankenhauses Nr. 1, Alexander Murachowskij, über die Interaktion mit deutschen Ärzten und stellte fest, dass Nawalyns Frau, die fast ständig mit dem gesamten Ärzteteam kommunizierte, das das Leben ihres Mannes rettete, niemandem davon „Danke“ sagte.

Danach erschien eine Erklärung des Bruders von Nawalny, in der er dem Chefarzt von BSMP-1 „dankte“ und ihn einen geschlagenen Mann und eine Diebesfratze nannte.



https://rusvesna.su/sites/default/files/styles/orign_wm/public/1_navalnyy_skoraya.jpg

de.sputniknews.com: 27 Länder wollen russischen Corona-Impfstoff kaufen

27 Länder sind laut der russischen Vize-Premierministerin Tatjana Golikowa am russischen Coronavirus-Impfstoff interessiert.

Den Wunsch, das vom russischen Gamaleja-Institut für Epidemiologie und Mikrobiologie entwickelte Medikament zu kaufen, äußerten unter anderem Weißrussland, Aserbaidschan, Brasilien, Venezuela und Kasachstan.

Für die Produktion wurden drei Industriestandorte ausgewählt.

Russlands Präsident Wladimir Putin sagte seinerseits, dass Weißrussland eines der ersten Länder sein werde, das den russischen Impfstoff erhalten würde.

„Alexander Grigorjewitsch (Lukaschenko – Anm.d.Red.) und ich haben dies besprochen und verabredet, dass Weißrussland in die letzte Phase der zusätzlichen Tests eintreten wird“, so Putin.

In Russland werden laut Golikowa zunächst medizinische und soziale Mitarbeiter, Lehrer und Mitarbeiter der organisierten Gemeinschaft geimpft.

Sie sprach auch über die Arbeit an einem anderen russischen Impfstoff, der vom Zentrum für Virologie und Biotechnologie „Vektor“ entwickelt wird.

„Wir glauben, dass er Ende September - Anfang Oktober auch registriert wird. <...> Das ist ein Impfstoff, der auf Peptidantigenen basiert und den Namen ‚EpiVacCorona‘ trägt“, sagte Golikowa.

Im Ergebnis der klinischen Studien des ersten und zweiten Stadiums wurden bei den Freiwilligen keine Komplikationen festgestellt.

Ferner betonte die stellvertretende Ministerpräsidentin, es gebe einen stetigen Trend zur Stabilisierung der Situation mit dem Coronavirus in Russland. Seit März hat sich die tägliche Anstiegsrate der Infektionsfälle um das 54-fache verringert.

Am Dienstag war berichtet worden, dass das russische Gamaleja-Institut für Epidemiologie und Mikrobiologie, das den weltweit ersten Corona-Impfstoff registrieren ließ, nun zur dritten und damit entscheidenden Testphase des Impfstoffes bereit sei.

Russlands Gesundheitsministerium hatte zuvor einen vom Gamaleja-Institut entwickelten Impfstoff gegen das neuartige Coronavirus zur breiten Verwendung in der Bevölkerung zugelassen.

Der Impfstoff erhielt den Namen „Sputnik V“. Nach der Verabreichung sind bei allen Freiwilligen die Impftiter hoch. Wie die Untersuchungen zeigten, gab es keine ernsthaften Nebenwirkungen.